

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden
Verleger: Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachdruck: 20011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1.50 Mk.
Vollbezugspreis für Monat Mai 3 Mark ohne Postgebühren.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 15 Bsp. für auswärts 40 Bsp., Familienanzeigen und Stellengeluche ohne Rabatt 15 Bsp., auswärts 20 Bsp., die 30 mm breite Reklamzeile 20 Bsp., auswärts 25 Bsp., Offertingebühren 10 Bsp. Anson. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstr. 33-4
Druck u. Verlag von Vieweg & Reichardt in Dresden
Vollständig-Rente 1066 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Erstklassiges Restaurant
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee

„Barberina“

Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der
Attraktionen aller Welt

Die Ursachen der Weltagrarkrise.

Die Auswirkungen des Krieges. — Die Ueberbelastung der deutschen Landwirtschaft.

Fortsetzung der Verhandlungen Kielhs am Quai d'Orsay. — Noch keine Gewißheit über das Schicksal der französischen Amerika-Flieger.

Die Rolle der politischen Zahlungsverpflichtungen.

Genf, 10. Mai. In der heutigen Sitzung der Landwirtschaftskommission der Weltwirtschaftskonferenz besprach der Berliner Nationalökonom

Professor Max Sering

über die Ursachen der Weltagrarkrise. Er wies darauf hin, daß die heutige Krise, von der fast alle Agrarländer der Erde betroffen seien, wesentlich anders zu beurteilen sei, als die große europäische Agrarkrise am Ende des vorigen Jahrhunderts. Während damals infolge der raschen Bevölkerungszunahme in Uebersee ein überschwelliger Nachfragemangel an Agrarprodukten vorhanden war, könne heute von einer Ueberproduktion nach dem Bedürfnisstand der Vorkriegszeit nicht gesprochen werden. Trotzdem sei man von einer normalen Preisbildung noch weit entfernt. Volkswirtschaftlich könne sie als normal bezeichnet werden, da die Preise der Landwirtschaft mit den Preisen der Industrie zusammenhängen. Die Industrie müsse den Landwirten die Produktionssteigerung ohne vermehrte Kosten durch Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und Verbrauchsmittel ermöglichen. Dann würden sich auch die Preise der Landwirtschaft senken können. Die abnorme Preisbildung liege aber vor allem in der geringsten Konkurrenzfähigkeit und Kaufkraft der europäischen Industrie. Sie sei bestimmt durch die Rückwirkungen, welche die verminderte wirtschaftliche Produktionskraft Europas auf die Industrie ausübe, ferner durch die wirtschaftliche Verflechtung Europas und den gegenseitigen handelspolitischen Abschluß der Agrarexportländer und ganz besonders durch die Belastung Europas mit unproduktiven Ausgaben.

In Anbetracht der Kriegsschulden seien die unproduktiven Aufwendungen heute viel höher als vor dem Kriege. Allein die Normalschulden aus dem Dawes-Abkommen würden die unproduktiven Ausgaben Deutschlands gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdoppeln. Dazu käme noch der Umstand, daß das Einkommen der deutschen Bevölkerung infolge der Kriegereignisse tief herabgedrückt sei. Auch in den anderen europäischen Ländern würden die hohen Schuldenlasten die Bildung von neuem Kapital und Wohlstand verhindern. Zusammen mit dem verschlechterten Absatzverhältnis seien die Ursachen der europäischen Arbeitslosigkeit. Die Weltwirtschaftskrise könne nur durch die Befreiung ihrer letzten Ursachen behoben werden. In der Betrachtung der Schuldfrage müßten die ersten Wirtschaftslösungen, voran die Vereinigten Staaten, den Anfang machen. In Amerika liege es, den europäischen Wohlstand zu erhöhen und die Not der eigenen Farmer zu beseitigen. Voraussetzungen dafür sei aber eine baldige tragbare Regelung der politischen Zahlungsverpflichtungen der Völker.

Der Führer der russischen Delegation, Ossinski, betonte, daß Rußland wieder, wie vor dem Kriege, eines der Hauptausfuhrländer von landwirtschaftlichen Produkten zu werden im Begriffe sei. Ossinski sprach sich gleichzeitig gegen die Organisation der landwirtschaftlichen Produktion auf genossenschaftlicher Basis aus, da durch diese Genossenschaften nach seiner Auffassung die Interessen der Kleinbauern nicht gefördert würden.

Die Delegierten Neuseelands, der Türkei und der Tschecho-Slowakei schilderten die Lage der Landwirtschaft in ihren Ländern, wobei letzterer die Notwendigkeit betonte, an der Besserstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter mitzuwirken. — Der deutsche Sachverständige

Oekonomierat Kaiser

betonte die Notwendigkeit eines Zollschutzes für die deutsche Landwirtschaft, die durch die Kriegesfolgen, durch die soziale und steuerliche Belastung sowie die des Zinsendienstes in den letzten Jahren unter harter Unrentabilität zu leiden gehabt habe. Die deutsche Landwirtschaft sei weder freihändlerisch, noch hochschutzzollnerisch eingekleidet. Die Intensivierung der Landwirtschaft habe zur Folge, daß die Preise ihrer industriellen Produktionsmittel bestimmend für die Produktionskraft seien. Infolgedessen könne die Landwirtschaft kein Interesse daran haben, daß durch übermäßige Zölle die industriellen Produktionsmittel erheblich verteuert würden. Es handele sich darum, im Parallelgramm der Kräfte, das aus dem freien Handel und aus den zum Schutz treibenden Kräften bestehe, die Diagonale zu finden, die auf handelspolitischen Gebieten nicht nur der Industrie, sondern auch der Landwirtschaft eines Landes den handelspolitisch richtigen Weg weise. Eine Ueberbelastung der Rolle liege ebensowenig im Interesse der Landwirtschaft, wie in dem der Industrie. Der von vielen erstrebte Abbau der Zölle könne nur unter Berücksichtigung der Eigenart der landwirtschaftlichen Produktion der verschiedenen Länder erfolgen. Die Erleichterung des internationalen Güterauslaufes hänge wesentlich von der Verbesserung und Entlastung der landwirtschaftlichen Produktion ab.

Zum Schluß der Sitzung legte der französische Delegierte einen Resolutionsentwurf vor, in den die verschiedenen in der Kommission behandelten Fragen zusammengefaßt werden. Der Entwurf geht zunächst den heute gebildeten Unterkommissionen (1. Allgemeines, 2. Landwirtschaftliche Genossenschaften, 3. Kreditfragen) zu.

Die Lammers-Rede im Industrie-Ausschuß.

Genf, 10. Mai. In seiner Rede vor dem Industrieausschuß führte Dr. Lammers aus: Was die Lage in den Vereinigten Staaten anbelangt, so glaube ich, daß der Krieg die dortige Entwicklung stark ins Rollen gebracht und zum gegenwärtigen Vorrang gegenüber Europa wesentlich beigetragen hat. Die meisten europäischen Nationen könnten Investitionen auf lange Sicht nicht vornehmen, weil sie ihr Kapital im Interesse des Schuldendienstes schnell fruchtbar machen müssen. Dazu kommt, daß der Zinsdienst infolge der allgemeinen Geldmarktlage nach dem Kriege teilweise eine Höhe erreicht und noch heute einhält, die gegenüber der Friedenszeit durchaus anormal ist. Dazu muß man die großen öffentlichen Kosten rechnen, die viele europäische Nationen als Kriegsfolge auf sich nehmen mußten. Jouhaux hat praktische Vorschläge gemacht, durch deren Anwendung Europa bei der Lage der amerikanischen Annäherung und insbesondere von einer allgemeinen Erhöhung der Löhne zwecks Hebung der Kaufkraft gesprochen.

In engem Zusammenhange damit steht die Frage der Kartellierung. Die Deffenlichkeit hat einen Anspruch darauf, über die Kartellbewegung insoweit unterrichtet zu bleiben, als große volkswirtschaftliche Interessen der Nationen durch sie berührt werden. Die Frage der Nationalisierung muß zum Teil unter ähnlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Auch sie ist ein europäisches Problem. Nationalisierung bedeutet Arbeitsteilung. Diese aber wiederum kann nur auf einer gesicherten politischen und ökonomischen Basis Europas vorgenommen werden. Die Frage ist nur die, ob nicht die ökonomische Sicherheit eine Voraussetzung für die Schaffung der politischen Sicherheit ist. — Dr. Lammers wies zum Schluß auf die ungeheuren Fortschritte der Technik und der Wissenschaft hin, die nach den bisherigen Erfahrungen alle Grenzen sprengen werden.

Die drei Frauendelegierten, Frau Reichstagsabgeordnete Eder, die österreichische Delegierte, Frau Freundlich, und die englische Delegierte, Wootton, stellten einen Antrag zur Frage der Nationalisierung, in dem darauf hingewiesen wird, daß die nationale und internationale Wirtschaft nicht nur auf der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch auf den vielen Millionen kleiner Wirtschaftseinheiten der einzelnen Familie beruhen. Die Produktion habe bisher keineswegs in rationeller Weise den Bedürfnissen der einzelnen Familienwirtschaft Rechnung getragen.

Der Antrag schlägt die Schaffung von paritätischen Kommissionen in jedem einzelnen Lande vor, die aus Vertretern der Industrie und der einzelnen Familienwirtschaften zusammengesetzt sein und die Aufgabe haben sollen, zur Erzielung von Ersparnissen für alle Bedarfsartikel einheitlich-praktische Typen zu schaffen; ferner Erleichterungen im Ankauf neuer Bedarfsartikel, Nationalisierung der häuslichen Wirtschaft sowie Anpassung der industriellen Produktion an die Bedürfnisse der häuslichen Einzelwirtschaft.

Reple (Rußland) forderte den Klassenkampf. — Jouhaux betonte als Arbeitervertreter, daß die Arbeiterschaft von der Konferenz eine Festigung der durch die Arbeiterkongresse gebildeten geschaffenen Arbeitsbedingungen erwarte. Er hielt dem russischen Vertreter entgegen, daß Rußland selbst die von ihm geforderte Koalitionsfreiheit nicht einführe. Der Achtundentag sei in Sowjetrußland gleichfalls nicht durchzuführen.

Clavett, Vertreter der Internationalen Handelskammer, erklärte, daß die meisten Probleme in erster Linie einen ausgeprägten europäischen Charakter trügen. Er wies ferner auf die große Bedeutung der Teilnahme der Sowjetdelegation hin. Das außerordentliche wirtschaftliche Gedeihen Amerikas könne für Europa als Beispiel dienen, wenn auch eine direkte Anwendung der amerikanischen Methoden in Europa nicht möglich sei. Die Nationalisierung der Wirtschaft dürfe auf keinen Fall zu einer Senkung des Lohnniveaus und zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit führen.

Zum Schluß wies der Generalsekretär der belgischen Gewerkschaften, Mertens, darauf hin, daß die Arbeiterverbände sich niemals den Nationalisierungsmethoden entgegenstellen hätten, jedoch dürfe die Nationalisierung nicht zum Nachteil der Arbeiterklasse angewandt werden. In Deutschland sei die Nationalisierung eine der Ursachen der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit. Die internationalen Industriearbeiter müßten einer staatlichen Kontrolle unterworfen werden.

Damit schloß die Industrie-Kommission ihre allgemeine Aussprache.

(Weitere Meldungen befinden sich auf Seite 2.)

Nach dem Aufmarsch in Genf.

(Von unserem Genfer Korrespondenten.)

Endlich hat der Strom der Monologe sein Ende gefunden. Der erste allgemeine Teil der Weltwirtschaftskonferenz ist abgeschlossen und die eigentliche Arbeit in den Ausschüssen hat begonnen. Rund fünfzig Redner sind im ersten Abschnitt der Konferenz auf die Tribüne gestiegen, von denen mehrere weit über die materielle Sachlichkeit hinaus in die Politik griffen. Darunter soll man weniger die Gegenüberstellung zwischen russischem und europäischem Weltfrieden verstehen als vielmehr gelegentliche Ausfälle wie denjenigen des Tschechen Stodola, wonach der europäische Wirtschaftsfriede nur auf der Basis des politischen Friedens, so wie er durch die Friedensverträge festgelegt wurde, erreicht werden könne. Die neuen Staaten, die nur durch Zerreißen anderer möglich geworden sind, haben allerdings ein paarmal hören müssen, wie wenig erfreulich sich ihre Geburt ausgewirkt hätte, so daß es einermassen verständlich ist, daß eine gewisse Gerechtigkeit Platz greifen mußte, die in der Bitterkeit der heiligen Friedensverträge von Versailles und anderswie ihren Ausdruck fand. Mit der Weltwirtschaftskonferenz haben diese indessen — was auch von englischer Seite festgehalten worden ist — nichts Vorteilhaftes gemein, und wenn sie zweifellos in der unmittelbaren Folge der Weltwirtschaftskonferenz keine Änderungen erfahren dürften, so muß der Versuch, sie sogar zur Voraussetzung zu stampeln, als ein nutzloser politischer Vorstoß bezeichnet werden, der eine Zurückweisung verdient hätte. Indessen die Höhepunkte des Abschlusses der Generaldebatte waren anderswo zu suchen. Sie boten sich dar in den als Sensationen angelegentlichsten Reden Voucheurs und der Russen. Und neben diesen oratorischen und programmatischen Schwergewichtsmomenten mußte alles andere in den Hintergrund treten, sogar die gewichtige Rede des deutschen ehemaligen Ministers Hermes, von der man die Behauptung gehört hat, sie wäre nach Rücksprache mit den Russen entstanden. Sie hat ja in der Tat die Wichtigkeit Rußlands an dieser Konferenz stark betont, ohne indessen in irgendeiner Weise aus dem allgemeinen Rahmen zu fallen. Sie konnte auch keine Spannung lösen, weil keine vorhanden war. Man wird es kaum glauben — denn man muß Zeuge gewesen sein — wie wenig Bewegung diese Konferenz befiel, wie absolut immun sie gegen jeden Grad des Eifers oder gar der Erwärmung ist.

Zwei Reden der Russen: Es lag ganz offen zutage, und fand trotz musterhafter Disziplin der Versammlung mehrmaligen Ausdruck, daß diese beiden Reden weit mehr als nur politisch denn als sachliche Mitarbeit an der Generaldebatte aufgeföhrt wurden. Man war im üblichen Sinne gespannt, und zur Hauptsache ist weder den sehr gemäßigten, bescheidenen und außerordentlich gut dargereichten Ausführungen Sokolnikoffs noch der inhaltlich forschen, sonst aber in jeder Beziehung fahlen Rede des ehemaligen Fürsten Obolenski-Ossinski sachliches Interesse dargebracht worden. Was sollte auch aus dieser Weltwirtschaftskonferenz werden, die es nur mit ehrlichster Anstrengung zu beschiedenen Ergebnissen bringen kann, wenn sie auch noch den Frieden zwischen dem bolschewistischen Wirtschaftssystem und dem bürgerlichen schaffen sollte, wenn von ihr erwartet wird, daß sie das ruhige Nebeneinanderleben und Ineinandergreifen Rußlands und Europas zu beider Vorteil regle, nach dem schönen Spruch: „Namen für alle hat die Erde.“ den Herr Sokolnikoff geradezu wörtlich zitiert hat. Unmittelbar hat Sokolnikoff einen sehr guten Eindruck vermittelt, denn er war mehr als mäßig, geradezu bürgerlich, teilweise sogar, wenn er von den ungeheuren Reichtümern Rußlands sprach, von Konzeptionen, Aufschwung der Landwirtschaft, aber noch viel größerem Aufschwung der Industrie beimahle kapitalistisch. Es war ja wahrhaftig eine Merkwürdigkeit, daß der russische Delegierte in einer vom Völkerverbund einberufenen Konferenz für Annäherung, ja mehr, an den westeuropäischen Kapitalismus eintritt, daß er die Sowjetregierung als das loyalste Regime der Welt in der Einstellung zu den fremden Kapitalisten darstellt, daß er zugibt, Rußland und Europa brauchten einander, daß er . . . kurz und gut . . . auf die sympatische Art, die nur möglich ist, Antiehepropaganda macht, die ihm kein Mensch übel nimmt.